Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Amtsblatt

Postscheckkonto: Leipzig 21308.
Girokasse Riesa Nr. 52.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 2. Donnerstag, 3. Januar 1918, abends. 71. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundschrift-Zeile (7 Silben) 25 Pf., Ortspreis 20 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Lastschlitten-Aufnahme.

Alle in den Gemeinden vorhandenen, zur Güteran- und Abfuhr geeigneten, nicht voll ausgenutzten Lastschlitten sind zur Behebung der einer schnellen Entladung der Eisenbahngüter entgegenstehenden Schwierigkeiten heranzuziehen.

Es wird deshalb auf Ersuchen der stellvertretenden Generalkommandos XII und XIX im Einverständnis mit dem Kriegsministerium nach der Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 (RGBl. S. 54) nebst Ergänzung vom 3. September 1915 (RGBl. S. 549) und vom 21. Oktober 1915 (RGBl. S. 684) für das Königreich Sachsen in Ergänzung der Verordnung vom 20. März 1917 über Wagen- und Gespannaufnahme (Sächs. Staatszeitung Nr. 67 und Leipziger Zeitung Nr. 68, vom 22. März 1917) eine allgemeine Bestandsaufnahme aller nicht dauernd in Benutzung befindlicher, zur Güterbeförderung geeigneter **Lastschlitten** angeordnet.

I.

Jeder Eigentümer oder Pächter, Nutznießer, Mieter und sonstige Besitzer von vorstehend angegebenen Lastschlitten hat diese nach

ihrer Art,
ihrer Tragfähigkeit,
ihrer Zahl,
ihrem gewöhnlichen Standort und der Dauer wie der Weise ihrer jetzigen und ihrer künftigen möglichen Benutzung

bei der Gemeindebehörde des gewöhnlichen Standortes der Lastschlitten

bis zum 15. Januar 1918

anzumelden. Ebenso ist dort jede spätere Veränderung unverzüglich anzuzeigen.

Stichtag für die Bestandsaufnahme ist der

10. Januar 1918.

II.

Gemeindebehörde ist in den Städten mit revidierter Städteordnung der Stadtrat, in den mittleren und kleinen Städten der Bürgermeister, in den Landgemeinden der Gemeindevorstand, bei dem auch die in den benachbarten selbständigen Gutsbezirken vorhandenen Lastschlitten anzumelden sind.

III.

Die Gemeindebehörden haben das Ergebnis der Bestandsaufnahme in geeigneter Weise nachzuprüfen und dann mit Beschleunigung

spätestens bis zum **21. Januar 1918**

den zuständigen Kriegsamtsstellen mitzuteilen; d. i. für den Bereich des stellvertretenden Generalkommandos XII

Kriegsamtsstelle Dresden-A. 24, Bismarckplatz 1,

für den Bereich des stellvertretenden Generalkommandos XIX

Kriegsamtsstelle Leipzig, Döllnitzerstraße 3.

Dahin sind auch alle später eintretenden Veränderungen unverzüglich zu melden.

IV.

Die Strafbestimmungen des § 5 der oben angezogenen Bundesrats-Verordnung vom 2. Februar 1915 gelten sinngemäß auch für die gegenwärtige Bestandserhebung.

„Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der festgesetzten Frist erteilt oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft, auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staat verfallen erklärt werden. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der festgesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

V.

Auf Anfordern der Gemeindebehörden haben die Eigentümer oder die Besitzer der nicht voll ausgenutzten Lastschlitten diese als Wechsel-Lastschlitten für die Güterentladung gegen angemessene Vergütung der Militärverwaltung zur Verfügung zu stellen. Es wird von dem vaterländischen Sinne der betroffenen Besitzer erwartet, daß sie dieser Pflicht nach besten Kräften nachkommen. Sofern im einzelnen Falle jedoch wider Erwarten eine feste Vereinbarung nach § 2 des Reichsgesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 nicht zustande kommen sollte, wird im Namen der stellvertretenden Generalkommandos XII und XIX schon jetzt darauf hingewiesen, daß diese dann von ihrer Befugnis nach § 3 Punkt 3 und 6 sowie § 4 des Gesetzes Gebrauch machen und die zwangsweise Gestellung der Lastschlitten fordern würden.

Dresden, am 31. Dezember 1917. 8

Ministerium des Innern.

Die Brustseuche (Influenza) unter dem Pferdebestande des Gutsbesitzers

Otto Kaul in Röderau

ist erloschen.

Großenhain, am 2. Januar 1918.

3440 b E. **Königliche Amtshauptmannschaft.**

In das Güterrechtsregister des unterzeichneten Amtsgerichts ist heute auf Seite 124, den Kaufmann Max Oertel in Riesa und dessen Ehefrau Elfriede Dora geb. Franke betr., eingetragen worden:

Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Riesa, den 2. Januar 1918.

Königliches Amtsgericht.

Auf Blatt 523 des Handelsregisters, die Firma Crasselt & Viktorius, Zweigniederlassung in Gröba bei Riesa, Zweigniederlassung der in Dresden bestehenden Firma Crasselt & Viktorius betr., ist heute eingetragen worden:

Dem Kaufmann Johannes Kurt Zimmermann in Gröba ist Prokura erteilt worden.

Riesa, den 31. Dezember 1917.

Königliches Amtsgericht.

Kaninchenhalter! Gröba!

Die Kaninchenbesitzer werden hiermit aufgefordert, die Zahl der in ihrem Besitz befindlichen Kaninchen sofort, spätestens jedoch bis Sonnabend, den 5. Januar 1918, mittags 1 Uhr, im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 12 anzuzeigen. Die Angaben müssen der Wahrheit gemäß erfolgen.

Ausgenommen hiervon sind die Kaninchenbesitzer mit mehr als 2 Acker Land.

Gröba, Elbe, am 3. Januar 1918. **Der Gemeindevorstand.**

Die Friedensfrage.

Hindenburg und Ludendorff in Berlin. Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff sind am gestrigen Vormittage zu Besprechungen in Berlin eingetroffen.

Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. Aus Berlin wird gemeldet: Wie verlautet, soll über eine Reihe von Fragen, die in Brest-Litowsk zur Verhandlung stehen, eine Uebereinstimmung mit den russischen Wünschen erzielt worden sein, wenn freilich andererseits auch nicht zu leugnen ist, daß über einige wichtige Gegenstände die Besprechungen mit Rußland noch werden fortgesetzt werden müssen, ehe über sie völlige Einigkeit erreicht ist. Zu diesen letzteren gehört vor allem auch die Frage über das Referendum in den von uns besetzten Gebieten sowie die noch völlig ungeklärte Frage, wie das von Rußland proklamierte Selbstbestimmungsrecht in den von uns unbesetzten Gebieten Livlands und Estlands ausgeübt werden soll.

Die Stellung des Reichstages. Am Neujahrstage hatte, wie bereits gemeldet, Staatssekretär v. Kühlmann die Führer der Fraktionen zu einer Besprechung zu sich gebeten. Die Besprechung, die etwa um 5 Uhr begonnen hatte, dauerte bis tief in die 9. Abendstunde. Die Stellung der Abgeordneten zu den Brest-Litowsker Abmachungen erwies sich als durchaus nicht einheitlich. Eine unbedingt ablehnende Haltung scheinen nur die unabhängigen Sozialdemokraten eingenommen zu haben, als deren Sprecher der Abgeordnete Haase sich recht scharf äußerte. Staatssekretär v. Kühlmann teilte mit, daß er bereits gestern Abend wieder zu den Verhandlungen zurückreisen mußte, sodaß es ihm nicht möglich sein wird, an der heute stattfindenden Sitzung des Hauptausschusses teilzunehmen. Der Aeltestenausschuß des Reichstags ist auf heute Nachmittag 2 Uhr einberufen worden, um sich darüber schlüssig zu werden, ob das Plenum des Reichstages sofort zusammentreten soll.

Deutsch-russischer Wirtschaftsausschuß. Aus Petersburg wird gemeldet: In der ersten Sitzung des deutsch-russischen Wirtschaftsausschusses ist bestimmt worden, fürerst über die Einrichtung von Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr zu verhandeln. Für diese drei Gegenstände sind Unterausschüsse gebildet worden.

Günstiger Eindruck in Petersburg. „Daily News" meldet aus Petersburg vom 27. 12.: Die Antwort der Mittelmächte auf die Friedensvorschläge der Maximalisten hat im Ganzen einen günstigen Eindruck gemacht. „Dien" sagt, es ist unmöglich, zu sagen, wie sehr die Hände der Bolschewiki durch die deutsche Erklärung gestärkt worden sind.

Die Polen und die Friedensverhandlungen. Der in Wien weilende polnische Ministerpräsident äußerte: In der Teilnahme von Vertretern des polnischen Staates an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk würden die polnische Regierung und die polnische Nation, nachdem dort ja auch polnische Interessen in Betracht kommen, den Beweis wohlwollendsten Entgegenkommens der Mittelmächte und eine Bestätigung der Tatsache erblicken, daß die Mittelmächte die Folgen, die sich aus der Schaffung eines selbständigen Staates unwiderleglich ergeben, anerkennen.

Die Gegenoffensive gegen Brest-Litowsk. „Corriere della Sera" erklärt, die Gegenoffensive der Entente auf den deutschen Friedensfühler dürfe nicht unterbleiben.

Verhandlungen im Gange. Nach „Daily Chronicle" findet schon über die Antwort der Zentralmächte und die russischen Bedingungen ein Gedankenaustausch statt zwischen den Regierungen von England, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten.

Die Friedenspolitik der englischen Arbeiter. Auf der am 28. Dezember in London abgehaltenen Konferenz der britischen Arbeiterorganisationen, der über 800 Abgeordnete beiwohnten, die 3½ Millionen Arbeiter vertraten, verlas Henderson eine lange Aussprache, in der es heißt: Der Krieg müsse jetzt als Kampf zwischen dem alten und dem neuen Regierungssystem Deutschlands angesehen werden. Keine Verständigung könne befriedigend sein, die nicht der Welt die vollständige Diskreditierung des angriffslustigen Militarismus bringe und an seine Stelle eine höhere Auffassung von nationaler und internationaler Verantwortlichkeit setze. Geheimdiplomatie, Militärdienstpflicht und Profitmacherei aus der Herstellung von Instrumenten zur Zerstörung sollten in einer Gesellschaft freier Nationen unmöglich sein. Eine unumgängliche Vorbedingung des Planes einer Völkerliga sei die Ablehnung jeder Form wirtschaftlichen Boykotts gegen Deutschland nach dem Kriege. Man sei berechtigt, zu fragen, ob die Regierung alles, was in ihrer Macht liege, tue, um die Feindseligkeiten abzukürzen. Der Redner wies auf die Behauptung Carsons in seiner Rede in Portsmouth hin, daß Oesterreich und die Türkei bereit seien, Frieden zu schließen, und fragte, warum die Regierung nicht in Verhandlungen mit ihnen, besonders mit der Türkei, getreten sei, wie jetzt Deutschland mit Rußland. Statt dessen habe sie die Einnahme Jerusalems betrieben. Obwohl nach der Erklärung Carsons die Türkei Frieden zu schließen wünsche, dehne England seine Fronten in diesem Lande aus. Es könne nicht wunder nehmen, daß man England in neutralen Ländern, in Rußland und selbst in Amerika imperialistischer und annexionistischer Ziele verdächtige. Wenn die Arbeiter weitere Opfer bringen sollten, müßten sie bestimmte Zusicherungen erhalten, daß solche Opfer zur Herbeiführung eines ehrenhaften und gerechten Friedens notwendig seien. Die Arbeiterschaft bestehe darauf, daß Deutschland anerkenne, daß es ein unbedingtes Mindestmaß gebe, das es annehmen müsse. Anderseits dürften die Alliierten keinerlei Zweifel darüber lassen, daß der Kampf lediglich um Grundsätze und Ideale, nicht um Eroberungen fortdauere. Die Arbeiterschaft verlange eine Gelegenheit, festzustellen, inwieweit Deutschland bereit sei, ihr Friedensprogramm anzunehmen. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der Sekretär des internationalistischen Bureaus Huysmans telegraphierte, während er gleichzeitig den Appell der englischen Arbeiter an Rußland, keinen Sonderfrieden zu schließen, nach Petersburg weitergab, an Henderson, daß die negativen Proteste gegen den Sonderfrieden nicht genügen, daß man Rußland etwas Positives bieten müßte.

Die Kriegslage zu Beginn des neuen Jahres.

Von einem militärischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Für die Beurteilung der augenblicklichen Kriegslage ist nicht nur das maßgebend, was augenblicklich an den Fronten geschieht, sondern mehr vielleicht kommen in Betracht die gesamten Stärkeverhältnisse der sich zum Entscheidungskampfe rüstenden Staaten, ihre wirtschaftliche Lage, das Eingreifen der Flotten in den Krieg und schließlich ihre politischen Absichten.

An den Fronten im Westen haben wir mit einem neuen Erfolge bei Cambrai geschlossen. Die Linien dort befinden sich in Erwartung kommender Dinge. An der italienischen Front kann man noch nicht sagen, daß die Feinde im Begriffe stehen, eine Gegenoffensive einzuleiten. Nachdem aber die französischen und englischen, anscheinend auch italienische Verstärkungen in die vorderen Linien eingerückt sind, beginnt sich anscheinend ein zunehmender Gegendruck gegen die Umklammerung durch unsere Verbündeten geltend zu machen, der sich deren gefährlichste Stellungen zum Ziele nimmt. So sind die Gegner gegen den Monte Tomba und auch gegen den auf dem Westufer der Piave gelegenen Brückenkopf von Zenson zu kräftigen Unternehmungen geschritten. An beiden Punkten wollen sie Erfolge erzielt haben.

Auch die Engländer in Palästina haben ihr Vorrücken erneut aufgenommen, nachdem sie am 27. Dezember einen türkischen Angriff schließlich abgewiesen hatten.

All das mögen nur Vorspiele kommender größerer Kämpfe sein. In wirtschaftlicher Beziehung dürfen wir daran nicht vorbeigehen, daß die Notschreie aus Frankreich, die Eingeständnisse französischer Minister sich häufen, und daß man soeben in England zur Nationierung des Zuckers geschritten ist, wenn auch vorläufig noch in reichlicher Weise. Nicht auf den Kriegswillen der maßgebenden Männer, wohl aber auf die Friedenssehnsucht der Massen wird das mehr und mehr einwirken. Kommen dann auch noch Niederlagen hinzu, so mag solche Stimmung schließlich doch zur alles wegschwemmenden Flut aufschwellen. Andererseits aber werden die Staatsmänner und die Generale hierdurch zu rascheren Anstrengungen angespornt werden. So ist es wohl zu verstehen, wenn nunmehr in London Wetten von 1:1 für einen Friedensschluß vor Ende April abgeschlossen werden. Danach dürfte man schließen, daß auch nach der Auffassung unserer Gegner die entscheidenden Kämpfe nicht allzu lange auf sich warten lassen werden. Und hiernach wieder bemißt sich ihre Hoffnung auf das Eingreifen amerika-